

Herr Bundesrat
Ignazio Cassis
Vorsteher EDA
Bundeshaus
3003 Bern

Herr Bundesrat
Guy Parmelin
Vorsteher WBF
Bundeshaus
3003 Bern

E-Mail: IZA25-28@eda.admin.ch

Freiburg, 13. September 2023

Vernehmlassung zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2025–2028

Sehr geehrter Herr Bundesrat Cassis
Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin

Wir danken Ihnen für die Einladung, uns an der oben genannten Vernehmlassung zu beteiligen. Brücke Le Pont begrüsst ausdrücklich, dass die vorliegende Botschaft zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2025–2028 inhaltlich auf Kontinuität setzt. Vor dem Hintergrund der wachsenden globalen Herausforderungen und vielfältigen Krisen sowie der Rückschritte in der Erreichung der UNO-Nachhaltigkeitsziele erachten wir das Budget jedoch als weitaus ungenügend.

Die Schweizer Unterstützung für den Wiederaufbau der Ukraine scheint auch Brücke Le Pont enorm wichtig. Es ist aber unverständlich und inkonsistent, dass die dafür benötigten Gelder dem Finanzrahmen der IZA-Strategie 2025–28 entnommen werden. Die vorgesehenen 1,5 Milliarden Franken für die Ukraine würden zu einer massiven Verschiebung der Prioritäten der Schweizer IZA führen. Um die dringend nötige Unterstützung für die Ukraine zu gewährleisten, drängt sich eine ausserordentliche Finanzierung auf.

Unsere ausführliche Stellungnahme entnehmen Sie dem Anhang. Wir bitten Sie, unsere Anliegen wohlwollend zu prüfen und die Botschaft entsprechend anzupassen. Für Ihre Bemühungen danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse



Franziska Theiler
Geschäftsleiterin



Fabienne Jacomet
Verantwortliche Entwicklungspolitik

Anhang: Vernehmlassungsantwort zur IZA-Strategie 2025–28

Vernehmlassung zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2025–2028

Einleitende Bemerkungen

Brücke Le Pont trägt als Schweizer Nonprofit-Organisation seit mehr als 65 Jahren zu einer nachhaltig wirksamen internationalen Zusammenarbeit bei. Wir begrüssen ausdrücklich, dass die vorliegende Botschaft zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2025–2028 der Schweiz inhaltlich auf Kontinuität setzt.

Sich überlappende Krisen und die Folgen des Angriffskriegs auf die Ukraine haben zu gravierenden Rückschritten bei der Armutsbekämpfung und einer Zunahme der globalen Ungleichheit geführt. Die Erreichung der Ziele der Agenda 2030 rückt in immer weitere Ferne. Die Einleitung zur Strategie 2025–2028 gibt diesen Entwicklungen völlig zu Recht das nötige Gewicht und betont die veränderte Realität gegenüber der IZA-Strategie 2021–2024.

Angesichts dieser beunruhigenden Diagnose ist aber ganz und gar unverständlich und inkonsistent, dass der Bundesrat beabsichtigt, die für den Wiederaufbau der Ukraine benötigten Gelder aus dem Finanzrahmen der IZA zu nehmen. Denn damit führt er einen Rückgang der verfügbaren finanziellen Mittel für den krisengeplagten Globalen Süden herbei – zu einem Zeitpunkt, wo eine wirksame und ausreichend finanzierte internationale Zusammenarbeit dringlicher denn je ist. Gerade für die Schweiz als weltweit stark vernetztes Land ist es äusserst relevant, zu einer friedvollen und nachhaltigen Weltgemeinschaft beizutragen und eine Erosion der internationalen Kooperation zu vermeiden.

Das Ziel von 0,7 % des BNE für Entwicklungshilfe beibehalten

Vor dem Hintergrund der wachsenden globalen Herausforderungen, der vielfältigen Krisen in den Partnerländern und der Rückschritte in der Erreichung der UNO-Nachhaltigkeitsziele ist die prognostizierte Quote von 0,36 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) an öffentlicher Entwicklungsfinanzierung (APD ohne Asylkosten, davon nur 0,3 % aus den IZA-Krediten, siehe Seite 50 der Strategie) absolut inakzeptabel und einem reichen Land wie der Schweiz unwürdig. **Die Quote liegt erstmals seit 2013 unter 0,4 % und bildet damit einen Tiefstand der Schweizer Entwicklungsfinanzierung.** Sie entfernt sich noch stärker vom international vereinbarten und von der Schweiz anerkannten Zielwert von 0,7 % des BNE. Das Parlament hat sich 2011 für eine Erhöhung der APD auf 0,5 % des BNE bis 2015 ausgesprochen. Von diesem Pfad scheint der Bundesrat nun wieder abgekommen zu sein, obwohl auch die OECD in ihrem Bericht vom Februar 2019 über die Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz diese Empfehlung ausgesprochen hat. Angesichts der dramatischen Situation in vielen Partnerländern der Schweiz im Globalen Süden ist eine schrittweise **Erhöhung der APD auf mindestens 0,7 %** des Bruttonationaleinkommens (ohne Asylkosten) bis 2028 überfällig.

Antworten auf die Fragen aus der Vernehmlassung

Im Begleitschreiben zur Vernehmlassung werden folgende 3 Fragen gestellt, zu denen Brücke Le Pont gerne Stellung nimmt.

- 1. Ziele der Schweizer IZA: Halten Sie die vier Entwicklungsziele und die ausgewählten spezifischen Ziele für relevant (vgl. Ziff. 3.3.2 des erläuternden Berichts)?**

Die vier vorgeschlagenen Hauptziele der vorliegenden Strategie haben durchaus das Potenzial, zur nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 beizutragen. Insbesondere zu den Themen Frieden und Gouvernanz sowie Klima und Umwelt sind Präzisierungen im Strategietext jedoch von zentraler Bedeutung. Zudem werden die Wechselwirkungen zwischen den Zielen nicht herausgearbeitet. Im Fliesstext ist auszuweisen, dass sich beispielsweise Massnahmen zum Schutz vor dem Klimawandel, zur Bekämpfung von Hunger sowie zur Förderung von Gesundheit gegenseitig bedingen.

Menschliche Entwicklung: Im Bereich der Migration unterstützt Brücke Le Pont insbesondere den Fokus auf die tieferen Ursachen von irregulärer und erzwungener Migration, wie Armut, fehlende wirtschaftliche Chancen und Zugang zu Grunddienstleistungen, bewaffnete Konflikte, systematische Menschenrechtsverletzungen oder Umweltkatastrophen. In diesem Zusammenhang weist Brücke Le Pont auf die Notwendigkeit hin, die Partnerländer bei der Umsetzung ihrer Entwicklungsprioritäten zu unterstützen und sich nicht zu sehr auf die Verhinderung der irregulären Migration zu konzentrieren.

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung: Brücke Le Pont unterstützt die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze nachdrücklich und erkennt die spezifischen Ziele für lokale KMU und öffentliche Institutionen an. Allerdings ist das Ziel der Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze in der Strategie stark von einer liberalen Sichtweise geprägt (Finanzierung, Zugang zu Kapitalmärkten, Rechte an geistigem Eigentum), welche die soziale und ökologische Nachhaltigkeit nicht ausreichend verbindlich berücksichtigt. Die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor zur Stärkung und Schaffung nachhaltig menschenwürdiger Arbeit muss vor allem auf der Einhaltung und Umsetzung von international anerkannten staatlichen Normen wie den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) beruhen und nicht nur auf kaum überprüfbaren Selbstregulierungsstandards der Unternehmen. Für die Umsetzung der Arbeitsnormen spielen zudem die Sozialpartner eine wichtige Rolle, die hier in der Strategie fehlen.

Frieden und Gouvernanz: In zahlreichen Ländern sieht sich zivilgesellschaftliches Engagement durch den Abbau demokratischer Strukturen mit zunehmender Repression konfrontiert. Brücke Le Pont beobachtet diesen beunruhigenden «*shrinking civic space*» in ihrer täglichen Arbeit mit ihren lokalen Partnerorganisationen. Zur Förderung partizipativer, demokratischer Prozesse und Institutionen, der Menschenrechte und des Friedens sowie der Bekämpfung von Ungerechtigkeit und Korruption ist die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen ebenso zentral wie die Unterstützung und Stärkung der lokalen Zivilgesellschaft. Der kurze Abschnitt auf Seite 40 der Strategie trägt der Bedeutung der Zivilgesellschaft nicht ausreichend Rechnung. Es fehlen Massnahmen zur Stärkung der Zivilgesellschaft und zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen. Nur eine aktive Teilhabe benachteiligter gesellschaftlicher Schichten in den politischen Prozessen vermag eine inklusive, nachhaltige Entwicklung voranzubringen.

Klima und Umwelt: Damit die Schweiz nach Unterzeichnung des *Glasgow Statement*¹ ihren Verpflichtungen nachkommt, sollte beim Ziel «Klima und Umwelt» klargestellt werden, dass die IZA keine Aktivitäten zur Förderung fossiler Energieträger (*upstream, midstream, downstream*) finanziert, auch nicht indirekt über Beiträge an Fonds oder Investitionsinstrumente. Die Schweiz soll sich in den multilateralen Organisationen dafür einsetzen, dass diese nicht nur das Pariser Abkommen «in ihre Aktivitäten einbeziehen», sondern auch keine Aktivitäten zur Förderung fossiler Energieträger finanzieren.

¹ UN Climate Change Conference UK 2021: [Statement on International Public Support for the Clean Energy Transition](#)

2. Geografischer Fokus: Halten Sie die vorgeschlagene geografische Fokussierung für sinnvoll (vgl. Ziff. 3.3.3 des erläuternden Berichts)?

Die geografische Fokussierung auf weniger Länder ist grundsätzlich zu begrüssen. Jedoch müssen einige Präzisierungen für eine wirksame internationale Zusammenarbeit ergänzt werden:

- Die regionale Verteilung der finanziellen Mittel muss transparent dargestellt werden. In der IZA-Strategie 2021–24 gibt Anhang 6 einen Überblick über die Verteilung der Mittel. Dieser wurde in der Vernehmlassung der IZA-Strategie 2025–28 nicht abgegeben. **Diese Intransparenz verunmöglicht eine Beurteilung der geografischen Fokussierung.**
- Das im März 2022 von der UNO-Generalversammlung verabschiedete *Doha Programme of Action*² zur Stärkung der am wenigsten entwickelten Länder (*Least developed countries*, LDCs) sieht u. a. vor, dass Beiträge der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) in der Höhe von mindestens 0,2 % des BNE in LDCs eingesetzt werden. Bei der vorgesehenen Beibehaltung der Schwerpunktländer gemäss IZA-Strategie 2021–24 und einer entsprechend ähnlichen geografischen Verteilung der Mittel ist die Erreichung der 0,2 %-Quote unwahrscheinlich. In den letzten fünf Jahren stagnierte die Schweizer Quote gemäss DEZA-Statistik zwischen 0,13 und 0,14 %, liegt also 30 bis 35 % unter dem Zielwert. **Die Schweiz soll sich die Erreichung der LDC-/APD-Quote von 0,2 % zum Ziel setzen.** Anstelle des neuen Partnerlandes Marokko – bei dem es sich um ein Land mit mittlerem Einkommen (*Lower middle income country*, LMIC) handelt – sollen die dafür geplanten Mittel für LDCs mit bestehendem Engagement vorgesehen werden.
- Im Bereich der Unterstützung der Migrationspolitik ist klar Rechenschaft abzulegen, wofür die Gelder verwendet werden. Die Schweizer IZA soll keine repressiven Massnahmen unterstützen, welche auf die Verhinderung von Flucht und Migration abzielen.

3. Ukraine: Unterstützen Sie die vorgeschlagene Mittelzuweisung für die Ukraine (vgl. Ziff. 3.4 des erläuternden Berichts)?

Nein: Brücke Le Pont unterstützt die Bereitstellung umfangreicher Mittel für die Ukraine, jedoch ausserhalb der IZA. Denn die 1,5 Milliarden CHF für die Ukraine werden zum einen zu einer massiven Verschiebung der Prioritäten der Schweizer IZA führen. Zum andern werden die 1,5 Mia. CHF nicht für eine umfassende und solidarische Unterstützung der Ukraine ausreichen, **weshalb es zwingend einer Lösung ausserhalb der IZA bedarf.**

Zur finanziellen Unterstützung für die Ukraine muss auch die Schweiz einen umfangreichen Beitrag leisten. Im Kontext der zunehmenden globalen Herausforderungen, welche das IZA-Budget bereits belasten (Klimafinanzierung, Inflation etc.), wäre es für das Engagement der Schweiz aber verheerend, wenn diese finanzielle Unterstützung auf Kosten der Verpflichtungskredite der IZA gehen würden. Da die EZA mit den Ländern des Ostens nicht mehr als eigenständiger Verpflichtungskredit ausgewiesen wird und eine Übersicht der Verteilung der Gelder auf die verschiedenen Regionen fehlt (Anhang 6 in der IZA-Strategie 2021–24), ist eine genaue Beurteilung der Verlagerung für Aussenstehende nicht möglich. Diesbezüglich ist dringend Transparenz zu schaffen. Eine ungefähre Einschätzung ermöglicht der Vergleich der vorgeschlagenen Kredite 2025–28 mit der IZA-Strategie 2021–24. Wäre die Entwicklungszusammenarbeit im Osten separat ausgewiesen (wie früher der Ostkredit), so wäre

² [The Doha Programme of Action for the Least Developed Countries for the Decade 2022-2031 \(DPoA\)](#)

ersichtlich, dass die DEZA im Vergleich zur laufenden Strategieperiode 662 Millionen Franken weniger EZA-Budget zur Verfügung hat.³

Mit den uns zur Verfügung stehenden Eckwerten ist absehbar, dass die 1,5 Milliarden CHF für die Ukraine zu massiven Verlagerungen in der Ausrichtung der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz führen würde, denn **die Ukraine würde 13 % der gesamten IZA-Gelder erhalten. Das bedeutet, dass allein für die Ukraine mehr als die Hälfte der gesamten öffentlichen Entwicklungsausgaben für ganz Afrika vorgesehen sind.**⁴ Mit dem Ausstieg aus Lateinamerika in der IZA-Strategie 2021–24 sollten die anderen Schwerpunktregionen – insbesondere Subsahara-Afrika sowie Nordafrika und Mittlerer Osten – gestärkt werden. Dies ist mit den geplanten 1,5 Mia. CHF für die Ukraine bei nominell gleichbleibenden Mitteln nicht mehr möglich.

Der Ukraine-Krieg kann noch lange andauern und die humanitären Massnahmen wie auch die Anstrengungen zum Wiederaufbau sind aufgrund des schwer einzuschätzenden Ausmasses der Zerstörung nur schlecht plan- und steuerbar. **Sicher ist, dass die vorgesehenen Mittel von 1,5 Milliarden Franken nicht ausreichen werden, weshalb sich eine Finanzierung ausserhalb der IZA aufdrängt.** Aufgrund der «aussergewöhnlichen und vom Bund nicht steuerbaren Entwicklungen» (Art. 15 Abs. 1 Bst. a Finanzhaushaltgesetz) ist es gerechtfertigt, die Unterstützungsmassnahmen zugunsten der Ukraine sowie des Wiederaufbaus der Ukraine als ausserordentliche Ausgaben zu verbuchen. Für die längerfristigen Kosten des Wiederaufbaus sowie die Hilfe an die Ukraine ist eine eigene gesetzliche Grundlage zu schaffen, die eine Finanzierung vollständig ausserhalb der IZA sicherstellt. Bis dahin soll ein Bundesbeschluss analog der Ostzusammenarbeit von 1994 (BBl 1994 V 553), basierend auf Art. 54 BV, die nötigen Mittel für die Ukraine ausserordentlich bereitstellen.

Zusätzliche Bemerkungen

Zusätzlich zu den angesprochenen Fragen sind für Brücke Le Pont folgende Punkte vorzudringen und verlangen eine Anpassung der Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2025–2028:

Problematische Stärkung der humanitären Hilfe auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit

Im vorliegenden Entwurf der Strategie wird eine Aufstockung der humanitären Hilfe um 5 % auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) vorgeschlagen. Brücke Le Pont teilt die Meinung, dass die zunehmenden globalen Krisen und Konfliktsituationen grosszügige finanzielle Beiträge der Schweiz erfordern. Diese sind jedoch naturgemäss nicht vorauszusehen. **Der Bundesrat hat mit dem Instrument der Nachtragskredite bereits die Möglichkeit, auf akute humanitäre Notlagen zu reagieren.** Dieses Instrument sollte verstärkt zum Einsatz kommen und deshalb die humanitäre Hilfe in der Strategie nicht auf Kosten der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden. Denn **die Schweiz kann nur dann wirksame und effiziente humanitäre Hilfe leisten, wenn sie langfristig in einem Kontext präsent ist und solide Partnerschaften aufgebaut hat.**

Zudem fehlen verbindliche Angaben darüber, welcher Anteil für die «Nothilfe» respektive für «Prävention und Wiederaufbau» geplant ist. In der IZA-Strategie 2021–24 wurden solche

³ 2021–24: Kredit EZA DEZA 6638 + Kredit EZA DEZA Ost 673 = 7311 Mio. CHF, demgegenüber beträgt der Kredit EZA DEZA 2025–28 nur 6649 Mio. CHF.

⁴ Ukraine: 375 Mio. CHF pro Jahr; bilaterale APD für alle Partnerländer in Afrika 2021: 615 Mio. CHF

Angaben gemacht, wobei nur 20 % für Prävention und Wiederaufbau vorgesehen waren. Dieser Anteil sollte in der vorliegenden Strategie explizit ausgewiesen werden. Nur so ist es möglich, in der humanitären Hilfe auch längerfristige Projekte durchzuführen und so das Postulat des Nexus aus humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung auch wirklich umzusetzen.

Übertriebene Flexibilisierung des Mitteleinsatzes

Der vorliegende Entwurf sieht eine allgemeine Flexibilisierung des Mitteleinsatzes vor (S. 46 der Strategie). Neu soll die DEZA Mittel in der Höhe von 60 Millionen Franken pro Jahr zwischen den Verpflichtungskrediten «Humanitäre Aktionen», «Entwicklungszusammenarbeit» und «Beiträge an Multilaterale» verschieben können. **Die Möglichkeit der Verschiebung von Geldern zwischen den verschiedenen Verpflichtungskrediten hat sich im Vergleich zur IZA-Strategie 2021–24 verdoppelt** (sie betrug dort 120 Millionen über 4 Jahre) und ist in diesem Ausmass nicht zu rechtfertigen. Hinzu kommen weitere Verschiebungsmöglichkeiten; so sollen «50 Prozent des für die Finanzinstrumente (in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor) eingestellten Finanzvolumens» zwischen den Voranschlagskrediten von DEZA und SECO verschoben werden können. Aus dem Text der Strategie wird nicht genügend klar, auf welche Finanzinstrumente sich diese Passage bezieht und um welche Beträge es sich handelt.

Diese überrissenen Verschiebungsmöglichkeiten verunmöglichen eine längerfristige Programm- und Strategieplanung vor allem in der EZA und sind deshalb abzulehnen. Wegen der vorgesehenen zusätzlichen Flexibilisierung der Mittel besteht weiter die Gefahr, dass noch weniger Geld für die langfristige EZA ausserhalb der Ukraine zur Verfügung stehen.

Umsetzung der internationalen Finanzziele in den Bereichen Klima und Biodiversität

Im Entwurf der Strategie ist erwähnt, dass die Beiträge an die internationale Klimafinanzierung im Umfang von jährlich 400 Millionen Franken bereits in der IZA-Strategie 2021–24 angehoben wurden und dies gleichbleiben soll. Brücke Le Pont begrüsst, dass dieser Betrag nicht weiter erhöht wurde, da es sich bei der Entwicklungszusammenarbeit und der internationalen Klimafinanzierung um zwei separate internationale Verpflichtungen der Schweiz handelt.

Allerdings ist der Beitrag der Schweiz an die internationale Klimafinanzierung nicht ausreichend und es ist auch nicht absehbar, dass die verstärkte Mobilisierung des Privatsektors (S. 45 der Strategie) diese Lücke füllen kann. Die internationalen Verpflichtungen für die Klimafinanzierung, für die Entschädigung von Schäden und Verlusten (*loss and damage*) wie auch für den Schutz der Biodiversität werden als Resultat der UNO-Verhandlungen ab 2025 jedoch stark ansteigen, auch wenn die genaue Höhe noch unbekannt ist. Angesichts des vorgeschlagenen, ungenügenden Finanzrahmens dürfen für die internationale Klimafinanzierung keinesfalls mehr Mittel aus den IZA-Krediten verwendet werden, um die verfassungsmässigen Ziele der IZA nicht zu gefährden. Bei der Ausarbeitung von Finanzierungsoptionen für die internationale Umweltfinanzierung sind daher zwingend Optionen ausserhalb der IZA zu finden; dies ist in der vorliegenden Strategie explizit so festzuhalten.

Politikkohärenz ungenügend abgebildet

Transformationsprozesse und nachhaltige Entwicklung in Partnerländern zu ermöglichen und zu unterstützen, liegt auch in der Verantwortung anderer Departemente und Politikfelder. Entsprechend muss die Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung insgesamt erhöht

werden, wie es auch das DAC im mid-term Review 2022⁵ von der Schweiz verlangt («[A] process through which to systematically analyse new policies and regulations for possible spill-over effects on other countries is still needed, a challenge raised in peer reviews since 2009»). Besonders in der Pflicht stehen hier die Handels-, Steuer-, Finanz- und Klimapolitik der Schweiz. Die IZA-Strategie 2025–28 sollte die Herausforderungen in diesen Politikfeldern und die notwendigen Anstrengungen explizit benennen.

Zusammenarbeit mit dem Privatsektor und Rolle des SECO

Der vorliegende Entwurf der Strategie gibt Hinweise darauf, dass die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor gestärkt werden soll, bleibt diesbezüglich inhaltlich jedoch sehr vage. Die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor muss präzisiert werden, um keinen Handlungsspielraum für sozial und ökologisch unverträgliche Wirtschaftspraktiken zu schaffen.

Der Strategieentwurf erweckt stellenweise den Eindruck, dass die Zivilgesellschaft in Zusammenhang mit dem Privatsektor keine Rolle spielt oder dass sich Zivilgesellschaft und Privatsektor gegenseitig ausschliessen. So steht z.B. auf S. 38: «Aktionen der IZA müssen eingebettet sein und von den nationalen und lokalen Regierungen sowie den Akteuren der Zivilgesellschaft **oder** des Privatsektors der Partnerländer getragen werden.» Anstelle von «oder» müsste es hier «und» heissen; denn in der Praxis ist die Zivilgesellschaft in jedem Fall ein wichtiger Akteur zur Stärkung des lokalen Privatsektors, auf die die vorliegende Strategie abzielt. Ebenso gibt es vielfältige Formen der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor, wie ein kürzlich erschienenenes Analysepapier mit vielen Beispielen belegt.⁶

Im erläuternden Bericht steht zudem auf S. 35, dass das SECO die Entwicklung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsstandards und nachhaltigen Wertschöpfungsketten unterstützt, indem es den Dialog zwischen allen beteiligten Akteuren fördert. Dieser Dialog reicht jedoch nicht aus, wenn er nur zu selbstregulierenden, nicht bindenden Standards führt. Die Normen von Staaten oder internationalen Organisationen wie der ILO dürfen nicht durch private Normen geschwächt oder umgangen werden. Zudem ist für Brücke Le Pont zentral, dass auch das SECO den Grundauftrag der IZA im Fokus behält und seine Tätigkeiten entsprechend auf die Linderung von Armut und Not ausrichtet. So soll die wirtschaftliche EZA des SECO im Kern ihrer Arbeit (Grafik auf S. 35 der Strategie) die Armutsbekämpfung und nicht «Wohlstand und Wirtschaftswachstum» beinhalten. Die angestrebten Wirkungsketten (*Theory of Change*) soll das SECO ausgehend von diesem neu gesetzten Ziel ausarbeiten.

⁵ [OECD DAC mid-term Review der Schweiz](#), Juni 2022.

⁶ Alliance Sud, [Der Privatsektor in der Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz](#), Juni 2023.